



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
18/723**

A11

# STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)  
Ocke Hamann  
E-Mail  
hamann@niederrhein.ihk.de  
Telefon  
0203-2821-263  
Datum  
18.08.2023

## **Stellungnahme von IHK NRW e.V. zum Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion „Die Demokratie lebt von gut informierten Parlamentariern: Nordrhein-Westfalen braucht einen Beirat für die Autobahn GmbH des Bundes in NRW“ im Landtag NRW (Drucksache 18/4137)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns sehr für die Möglichkeit, zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen „Die Demokratie lebt von gut informierten Parlamentariern: Nordrhein-Westfalen braucht einen Beirat für die Autobahn GmbH des Bundes in NRW“ Stellung nehmen zu dürfen.

### **IHK NRW: Beirat kann ein sinnvolles Instrument sein – Weitere Maßnahmen und Instrumente notwendig, um Verfall der Infrastruktur entgegenzuwirken**

Es erscheint uns sinnvoll und notwendig, die Kommunikation zwischen den Baulastträgern weiter zu verbessern und die Planungs- und Abstimmungsprozesse signifikant zu beschleunigen. Hierfür kann die Einrichtung eines Beirats ein geeignetes und unterstützendes Instrument sein. Dies allein ist aber nicht ausreichend, um den gravierenden aktuellen Problemen beim Erhalt der Infrastruktur zu begegnen. IHK NRW fordern deshalb ein umfassendes Maßnahmenpaket, mit dem das Land NRW den bekannten und erkannten Problemen entgegenwirken will. Der vorgeschlagene Beirat könnte innerhalb eines solchen Maßnahmenpaketes ein mögliches Instrument sein, mit dessen Hilfe der Informationsfluss verbessert wird. Wir regen zudem an, den Austausch und den Informationsprozess so zu gestalten, dass die regionale Wirtschaft stärker mit eingebunden wird. Weiterhin benötigt NRW bessere Informationen zum Zustand der Brücken (unabhängig von der jeweiligen Baulast), um die Risiken besser bewerten zu können. Nur mit einem umfassenden Zustandsbild für alle Brücken kann das Land die Maßnahmenplanung in geeigneter Form und den Bedarfen entsprechend koordinieren. Zum Erhalt unserer Brücken sind dringend weitere Anstrengungen erforderlich. Auch die Kommunikation im Rahmen lokaler Bündnisse zu Infrastrukturprojekten sollte weiter verbessert werden. Bei allen Maßnahmen gilt, dass sie dem formulierten Ziel dienen müssen und keine unnötigen bürokratischen Lasten erzeugen dürfen.

## **Leistungsfähige Infrastruktur ist zentraler Standortfaktor für die Wirtschaft – Hintergründe**

Für die Wirtschaft in NRW ist die Erreichbarkeit ein zentraler Standortfaktor. Je nach Betrieb und Lage sind die Anforderungen sehr unterschiedlich. Produzierendes Gewerbe ist davon abhängig, dass Rohstoffe, Vorprodukte und Fertigerzeugnisse Just-in-time ankommen oder die Werke pünktlich zur Weiterverarbeitung beim Kunden verlassen. Im Einzelhandel und der Gastronomie steht hingegen die gute Erreichbarkeit der Ladenlokale durch Kunden und Lieferanten in Innenstädten und Nebenzentren im Fokus der Standortentwicklung. Erreichbarkeit, Transport und Verkehr sowie Güter- und Personenmobilität sind also für praktisch alle Betriebe zentrale Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg.

Rund drei Viertel der Beförderungsleistung im Güterverkehr wurden im Jahr 2020 auf der Straße erbracht ([Statistisches Bundesamt](#)). Vor diesem Hintergrund hat insbesondere die Straßeninfrastruktur eine hohe Bedeutung für die Wirtschaft. Es liegt im Interesse unserer Unternehmen, dass besonders die überregionalen Verkehrsadern in einem guten Zustand und ausreichend leistungsfähig sind.

## **Bedeutung der Autobahn GmbH für NRW**

Zum 1. Januar 2021 wurde die Zuständigkeit für die Autobahnen in NRW geändert. Ausbau und Unterhalt liegen seitdem nicht mehr beim landeseigenen Betrieb Straßen.NRW, sondern bei der Autobahn GmbH des Bundes. Diese liegt in Verantwortung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und ist diesem entsprechend rechenschaftspflichtig. Für das für Verkehr zuständige Ministerium in NRW, den Landtag sowie die Träger öffentlicher Belange ist die Beschaffung von Informationen und die Beteiligung zu Projekten schwieriger geworden. Zudem ist mit der Autobahn GmbH ein weiterer Planungsakteur der Straßeninfrastruktur hinzugekommen. Neben der Autobahn GmbH des Bundes planen Straßen.NRW sowie die Kommunen und Kreise Straßenbauprojekte. Für die Wirtschaft ist es wichtig, dass die Bauprojekte der verschiedenen Planungsinstanzen bestmöglich koordiniert und abgestimmt werden. Nur mit einem funktionierenden Baustellenmanagement kann die Zahl und die Dauer von baustellenbedingten Staus und Verkehrsverzögerungen auf ein Minimum reduziert werden.

Seit dem 1. November 2022 kommt der Autobahn GmbH zudem bei der Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten eine zentrale Rolle zu: Alle Anträge, für die ein Fahrtweg über die Autobahn zu prüfen ist, müssen von den Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden direkt an einen zentralen Zugangspunkt bei der Autobahn GmbH geleitet werden. Diese Sondertransporte sind von wesentlicher Bedeutung für das Erreichen verschiedener bundes- und landespolitischer Ziele, unter anderem für das Gelingen der Energiewende, den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und den Wohnungsbau. Auch hier bestehen Abstimmungserfordernisse mit Straßen.NRW.

## Der Handlungsdruck ist gewaltig – Zustand der Straßen darf sich nicht weiter verschlechtern

In den letzten Jahren zeigt sich immer mehr, wie besorgniserregend der Zustand unserer Verkehrsinfrastruktur ist:

Die Autobahninfrastruktur in NRW ist an vielen Stellen marode und muss dringend saniert werden. Insbesondere der schlechte Zustand der Brücken stellt für die Wirtschaft ein hohes Risiko dar ([Studie Risikofaktor Brücken der IHK Initiative Rheinland](#)). Die Auswirkungen der Sperrung der Rahmede-Talbrücke sind hinlänglich bekannt. In den nächsten zehn Jahren muss die Autobahn GmbH des Bundes rund 4.000 Autobahnbrücken sanieren – 873 davon in NRW.

Der marode Zustand der Verkehrsinfrastruktur wird immer mehr zum Problem für die Unternehmen. Baustellen, Sperrungen und Traglastbeschränkungen verursachen lange Umwege und Staus. Die Betriebe müssen dadurch längere Strecken fahren lassen und mehr Fahrzeuge einsetzen. Das erhöht nicht nur die Kosten für Personal, Fahrzeugbetrieb und Maut, sondern stört auch zunehmend die Betriebsabläufe und verursacht zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen. Laut einer Umfrage des [IW Köln](#) aus dem Sommer 2022 beeinträchtigen Infrastrukturmängel inzwischen 80 Prozent der Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit. Zum Vergleich: 2013 waren es rund 60 Prozent. Zahlreiche Pendler sind ebenfalls betroffen, denn NRW ist das Stauland Nummer Eins in Deutschland ([ADAC](#)).

Aus der Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion (Drucksache [18/2592](#)) geht hervor, welche Strecken die Autobahn GmbH des Bundes vorrangig modernisieren will. Da der Sanierungsstau offenbar so gewaltig ist, hat die Autobahn GmbH das Brückenmodernisierungsnetz weiter zu einem „prioritären Netz“ reduziert. Aus Sicht der Wirtschaft ist die Fokussierung auf dieses ausgedünnte Netz nicht ausreichend. Nur 23 Prozent der Strecken in NRW sind erfasst. Zum Vergleich: Bundesweit sind 31 Prozent der Strecken priorisiert. IHK NRW drängt darauf, das Netz um die wichtigen Verkehrsachsen entlang der Rheinschiene, im Ruhrgebiet und im Grenzgebiet zu den Niederlanden zu erweitern ([IHK NRW](#)).

Zudem steigt der Druck auf unsere Infrastruktur – insbesondere auf die Straßenverkehrsinfrastruktur. Laut der gleitenden Langfristprognose des Bundesverkehrsministeriums könnte der Straßengüterverkehr, bedingt durch Wirtschaftswachstum und Wandel der Gütertransportstruktur, bis 2051 um 54 Prozent zunehmen. Auch für den motorisierten Individualverkehr wird, trotz Bemühungen zur Verkehrsverlagerung, eine Zunahme um 4 Prozent angenommen. Sanierung, aber auch der gezielte Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur haben deshalb eine sehr große Bedeutung für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts. Lücken und Engstellen sollten zeitnah beseitigt werden. Denn kann der Verkehr aufgrund einer unzureichenden Infrastruktur nicht wachsen, kann es auch die Wirtschaft nicht. Beide sind gekoppelt.

Wir begrüßen daher das Modernisierungspaket der Bundesregierung und die Zustimmung der Landesregierung zu diesem Beschluss. Insgesamt 144 Autobahn(teil)projekte werden beschleunigt – davon 66 in NRW. Dies zeigt, wie groß der Handlungsdruck in Nordrhein-Westfalen ist und wie viele Engpässe hier bestehen.

## **Beirat kann Baustein sein, um den Sanierungsstau abzubauen**

Mit Blick auf den Zustand der Infrastruktur, die Bedeutung der Autobahn für die NRW-Wirtschaft und die Notwendigkeit einer optimierten Abstimmung der Baulastträger im infrastrukturell stark verdichteten NRW begrüßen wir das Ziel des Antrags. Ein mit Vertretern des Landesparlamentes, von Straßen.NRW und der Wirtschaft besetzter Beirat sollte aktuelle Autobahn-Projekte begleiten und, wo immer möglich, beschleunigen. Wir verstehen diesen Beirat als Instrument, um die Kommunikation der betroffenen Akteure zu verbessern und damit auch die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen. Voraussetzung für den Erfolg ist der fachliche Austausch mit dem Ziel der Beschleunigung der Maßnahmen.

Nur wenn Abgeordnete, Verwaltung und Träger öffentlicher Belange in einem engen Austausch stehen, können Fehler bei der Planung oder Umsetzung rechtzeitig erkannt und vermieden werden. Ein regelmäßiger Dialog ist auch Grundlage dafür, dass Wirtschaft und Mobilitätspartner größtmögliche Planungssicherheit für Ihre Investitionen und Geschäftsbetrieb bekommen. Verlässlichere Zeitpläne und die Beschleunigung der Projekte sollten Kernziele der engeren Vernetzung mit der Autobahn GmbH des Bundes sein.

Die Einrichtung eines Beirates allein ist aber nicht ausreichend. IHK NRW wirbt für strukturelle Veränderungen, um Planungs- und Genehmigungszeiträume signifikant zu verkürzen. Die gängige Praxis der Beschleunigung von Projekten mittels Einzelfallentscheidungen sollte nicht davon ablenken, dass die Verfahren dringend reformiert werden sollten. Hierzu haben wir in anderen Anhörungen zahlreiche Vorschläge gemacht. NRW sollte seinen Einfluss auf Bundesebene stärker nutzen, um Infrastrukturprojekte im Bereich der Straßen, Wasserwege und Schienen zu beschleunigen. Zudem sollte das Land selbst die Information der betroffenen Unternehmen sowie das Baustellen- und Risikomanagement verbessern. Das Land könnte z.B. eine eigene Risikobewertungen zum Zustand der Infrastruktur, unabhängig von den verantwortlichen Baulastträgern, durchführen, um ein besseres Bild der Gefährdungslage zu bekommen.

IHK NRW unterstützt diesen Prozess und stehen gerne für den weiteren Austausch zur Verfügung.

*IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.*